

Liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem Bewerbungsschreiben habe ich meine Gründe für die Kandidatur und meine Ziele, die ich erreichen will, dargelegt.

Über meine politische Biografie habe ich dort nichts geschrieben.

Daher in gebotener Kürze folgende Angaben:

Ich bin in der nordböhmischen Stadt Most geboren. 1970 übersiedelte ich mit meinen Eltern nach Deutschland, mein Vater Sudetendeutscher und meine Mutter Tschechin. Deutsch lernen, war der erster Schritt zu Integration.

Im Alter von 15 Jahren bin ich auf einer Demo gegen den Putsch in Chile in Stuttgart ehemaligen Widerstandskämpfern begegnet. Diese warben mich für den Eintritt in die VVN, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die sich kurz vorher zum **Bund der Antifaschisten** erweitert hatte.

Ich gründete die VVN-Gruppe im Kreis neu, wurde 1976 ihr Kreisvorsitzender und organisierte die Erinnerung an die Menschen im lokalen Widerstand und Verfolgung und schmiedete viele breite Bündnisse, wenn es darum ging alten und neuen Nazis entgegen zu treten. Als VVN-Vertreter war ich auch an der Gründung der örtlichen Friedensbewegung in den 80-er Jahren beteiligt. Bis 1990 war die VVN-Arbeit der Schwerpunkt meiner politischen Tätigkeit.

Im Dezember 1990 trat ich in die PDS ein. Ich wurde im Frühjahr 1991 Landesschatzmeister der PDS und nach dem die Treuhänder die Gelder der PDS beschlagnahmte, und wir im Juni 1991 mangels Geldes unseren Landesgeschäftsführer entlassen mussten, habe ich zusätzlich ehrenamtlich die Aufgaben eines Geschäftsführers wahrgenommen. Bis 1998 war ich maßgeblich am Aufbau des Landesverbands der PDS beteiligt.

1994, 1998 und 2002 kandidierte ich für die PDS im Wahlkreis als es keinen Blumentopf zu gewinnen gab und man jemanden brauchte, der den Kopf für die Partei hinhält. Ich hielt den Kopf hin und musste mich als „SED-Altkader“ von Frau Baumeister, der damaligen Bundesschatzmeisterin der CDU, beschimpfen lassen.

1998 gründete ich im Auftrag der Partei mit 7 Mitgliedern die baden-württembergische RLS, in der ich ebenfalls 8 Jahre ehrenamtlich die Kassengeschäfte geführt habe.

Die Vereinigung der PDS und der WASG zur LINKEN, hat meinen Abgang in den politischen Ruhestand ausgebremst, insbesondere, weil 2007 der damalige

WASG -Vorsitzender für den Kreisvorsitz absprang und ich gebeten wurde, diesen Posten anzunehmen. Also ließ ich mich 2007 als Kreisvorsitzender der LINKEN wählen. Diese Funktion hatte ich inne, bis mich 2014 Reinhard Stübner ablöste, wofür ich ihm sehr dankbar war.

Denn ich wurde im Juni 2009 in den Sindelfinger Stadtrat gewählt und im September 2009 in den Bundestag. In den Stadtrat wurde ich inzwischen zwei Mal wiedergewählt. Im Bundestag war ich bis 2017, zuletzt in Funktion des steuerpolitischen Sprechers der Fraktion.

WARUM KANDIDIERE ICH ERNEUT FÜR DEN BUNDESTAG?

Ich kandidiere, weil ich ernsthaft zurückwill, weil ich die Ziele, die ich mir gesetzt habe, noch nicht erreicht habe.

Ich kann Euch bekanntlich nicht versprechen, den Wahlkreis zu gewinnen, das wäre eine Lüge.

Ich kandidiere nicht, um im Wahlkreis ein Zählkandidat zu sein, dann könnte ich die Kandidatur jemanden überlassen, der sich für die Partei profilieren möchte.

Ich kandidiere im Wahlkreis, weil es die Voraussetzung ist, um mich auf der Landesliste für einen aussichtsreichen Listenplatz zu bewerben. Auch hier will ich Euch nichts versprechen, es wird nicht einfach, aber es ist nicht unmöglich das Ziel zu erreichen.

Ich habe das Wissen, die Fähigkeit und die Kompetenz um die nächste Fraktion wieder als Steuerpolitiker zu stärken. Daher wenn Ihr mich wählt, dann ist damit der Auftrag verbunden, einen aussichtsreichen Listenplatz anzustreben und zu gewinnen.

Worum geht es mir inhaltlich?

Am 17.10.2020 konnte man in der SZ nachlesen, dass das Geldvermögen der Menschen in Deutschland in der Corona-Krise auf den Rekordwert von rund 6.630 Milliarden gestiegen ist. Die SZ schreibt Geldvermögen von "Menschen". Richtig wäre zu schreiben von „wenigen Menschen“. Wir wissen durch viele Statistiken, dass auf das oberste Zehntel fast 60 Prozent des gesamten Nettovermögens entfallen. Das ist doch eine Herausforderung für die Politik!

Von der Corona-Krise sind Menschen und auch Unternehmen sehr unterschiedlich betroffen. Für die Milliarden an Hilfen, die jetzt beschlossen wurden, wird eines Tages die Rechnung präsentiert werden. Wir sind dagegen, dass es die Menschen an der unteren Einkommensskala bezahlen. Als LINKE

sind wir dafür, dass den Millionären und Superreichen die Rechnung präsentiert wird. Dafür steht linke Steuerpolitik.

Linke Steuerpolitik muss aber mehr sein als das Gefühl zu bedienen, den Reichen zu nehmen, um den Armen zu geben. Linke Steuerpolitik muss auch eine kluge und intelligente Bündnispolitik beinhalten, um zum Beispiel die Facharbeiter nicht an die Seite der Superreichen zu treiben. Die Facharbeiter bezahlen oft den Spitzensteuersatz, um den sich die wirklich gut Verdienenden durch zahlreiche Abschreibungsmöglichkeiten drücken können. Das müssen wir ändern. Also müssen wir die große Mehrheit der Arbeitnehmer entlasten und die großen Einkommen und Vermögen stärker belasten.

Als Kommunalpolitiker spüre ich, wo die Grenzen der Einflussmöglichkeiten für die Kommunalpolitik liegen, weil doch im Bundestag die Dinge entschieden werden.

Zwei Beispiele:

Strafzahlungen Daimler: Ende Oktober 2019 wurde bekannt, dass Daimler für Abgasmanipulationen einen Bußgeldbescheid über 870 Millionen € an das Land zahlen musste. 4 Millionen hiervon waren der Strafteil, 866 Millionen der Wertabschöpfungsteil. Das bedeutet von den 870 Millionen durfte Daimler 866 Millionen als Betriebsausgabe abziehen. Die Folge: kein Gewinn, der der Körperschaftssteuer und der Gewerbesteuer unterliegt. Sindelfingen und andere Kommunen mit Daimler-Niederlassungen hatten Steuerausfälle in Millionenhöhe. Wir haben zwar als Gruppe im Sindelfinger Gemeinderat beantragt, die Verwaltung solle sich gegenüber der Landesregierung stark machen, dass der betreffende Teil der Geldbuße bei den Kommunen ankommt. Aber es passiert nichts.

Im Bundestag werde ich mich dafür einsetzen, dass die Gesetze so geändert werden, dass solche Geldbußen nicht die Steuerkraft mindern dürfen, sondern zu Lasten von Dividendenzahlungen gehen.

Ansiedlung von Amazon in Sindelfingen

Vor kurzem wurde bekannt, dass Amazon zwei Verteilungszentren in Sindelfingen ansiedeln will.

Das hat auch positive Seiten. Amazon will einige hundert Elektro-Fahrzeuge beim Daimler bestellen, was Arbeitsplätze beim Daimler sichert, er schafft

hauptsächlich Arbeitsplätze für ungelernete Arbeitskräfte, die auch in der Region gebraucht werden und das Unternehmen, das an Amazon die Hallen vermietet, macht Gewinne, die wir besteuern können. Womit aber niemand rechnet, der Amazon kennt, dass Amazon Gewerbesteuer in angemessenem Umfang zahlen wird. Auch an diesem Fakt kann die Kommunalpolitik nichts ändern.

Ich will in den Bundestag, weil ich dafür sorgen will, dass dort wo die Wertschöpfung stattfindet, auch Steuern gezahlt werden. Ich möchte Konzerne wie Amazon, Apple und Google nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Gegen Steuerflucht ist die Politik nicht machtlos, sie muss nur bereit sein sich mit den Mächtigen anzulegen.

Ich habe Lust, die Kraft und den Willen mich mit den Mächtigen anzulegen, daher will ich in den Bundestag zurück.

Ich will im Bundestag nicht die Interessen der Rechtsanwälte vertreten, auch wenn ich zu dem Berufsstand gehöre, denn dann müsste ich für die FDP kandidieren. Ich will die Interessen der Menschen vertreten, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Ich möchte, dass die soziale Frage im Mittelpunkt des Wirkens unserer Partei steht, denn das ist immer noch unsere historische Mission. Und da gehört die Verteilungsfrage, damit die Frage der linken Steuerpolitik dazu.

Wenn Ihr Euch fragt, was haben wir davon, wenn der Pitterle im Bundestag ist?

Dann will ich das so beantworten. Jeder Mandatsträger im Kreis Böblingen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene bringt für unsere Partei und ihre Anliegen mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Mandatsträger sind Brückenbauer und Türöffner in der Gesellschaft. Über die Einrichtung eines Wahlkreisbüros und die Finanzierung des Parteibüros habe ich in meinem Bewerbungsschreiben geschrieben.

Wenn Ihr mich durch ein gutes Wahlergebnis unterstützt und für meine Wahl auch bei den Mitgliedern der anderen Kreisverbände wirbt, dann können wir es gemeinsam schaffen, wieder einen linken MdB im Kreis Böblingen zu haben. Daher setze ich auf Euere Solidarität und Unterstützung.